

Die Klimaschutztage: Ein Jubiläum des Versagens

Eine Resolution der Göttinger Klimaschutz-Initiativen zu den Klimaschutztagen 2022

Die Stadt Göttingen hat allen Grund zu feiern: im zehnten Jahr werden von ihr die Klimaschutztage ausgerichtet, im zehnten Jahr feiert sie ihre Ziele zur Klimaneutralität im „Masterplan 100% Klimaschutz“, und im zehnten Jahr kann sie sich feiern, sich um die Umsetzung wirksamer Maßnahmen erfolgreich gedrückt zu haben.

Die hehren Ziele und ihre mangelhafte Umsetzung: Mit dem Masterplan 100% Klimaschutz hat die Stadt vor zehn Jahren ihre Verantwortung in der Klimakrise festgeschrieben, sich verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden und sich dafür als Masterplan-Kommune fördern zu lassen.

Nach dreijähriger Förderung musste im Jahre 2015 festgestellt werden: keine Minderung des CO₂-Haushaltes gegenüber dem Stand von 2010, und auch nach sechsjähriger Förderung durch das Umweltministerium im Jahre 2018 keine Verbesserung. Die größten Zuwächse kommen vom Verkehr und der Industrie. Was ist in diesen Jahren passiert?

Verkehrssektor scheint nicht klimarelevant: Anträge, die zu einer Minderung des PKW-Aufkommens in der Stadt führen könnten, wurden zurückgewiesen. Im Gegenteil: die Anzahl der innenstadtnahen, viel zu billigen Parkplätze ist in den vergangenen zehn Jahren um 20% gestiegen, die gesamte Verkehrsfläche ist um 6% gestiegen, aber die Gesamtlänge der Radwege stagniert seitdem, kaum Busspuren. Dabei macht der Verkehr etwa ein Viertel der CO₂-Bilanz aus. Die Stadt lehnt ein direktes Monitoring des städtischen Autoverkehrsaufkommen ab, obwohl dies natürlich zu ihrer Verantwortung in der Klimakrise gehört und mit den eingesetzten Techniken der vorhandenen Verkehrsüberwachung leicht möglich wäre. Das hat wohl seinen Grund darin, dass die Verkehrssteigerung das Desaster der Göttinger Verkehrspolitik allzu deutlich macht: sowohl die wiederholte Verkehrszählung an einzelnen Kreuzungen als auch die flottenbereinigten Stickoxidmessungen an der Bürgerstrasse legen, ähnlich wie bei den Parkplätzen, einen jährlichen Zuwachs von etwa 1,5% nahe. Das läge um 50% höher als der Bundesdurchschnitt, und entspricht es nicht dem Bauchgefühl der lärmgeplagten Einwohner dieser Stadt?

Windenergie ist unerwünscht: Bereits 2012 war im Rat ein Antrag zur Ausweisung von Potentialflächen für Windenergie im Göttinger Stadtgebiet mit einer Fläche von ca. 180ha eingebracht, aber wohl vom Oberbürgermeister im Verwaltungsausschuss unter den Tisch gekehrt worden. Eine Zonenregelung wurde später vom Rat abgelehnt. CO₂-freier und günstiger Strom auch als Standortvorteil für die Industrie könnte längst in Göttingen bereitstehen. Im Masterplan 100% Klimaschutz waren noch 23 Windräder vorgesehen, heute muss selbst das eine von damals um das Überleben kämpfen.

Zu wenig Photovoltaik (PV) und nicht überall erlaubt: Der PV-Ertrag in Göttingen sollte nach Masterplan von 8MWp bis 2020 auf 136MWp steigen. Bisher wurde nicht einmal ein Siebtel dessen (18MWp) umgesetzt, benötigt wird jedoch viel mehr. Für Klimaneutralität waren 758MWp veranschlagt. Es gibt keine Solarsatzung in Göttingen, bei Neubauten wird keine PV vorgeschrieben und auch keine Unterstützung angeboten. Im Gegenzug wird vom Rat eine Änderung der Erhaltungssatzung zurückgewiesen, eine Regelung, die in Teilen der Stadt bei Bestandsbauten PV-Panels verbietet. Und es wird mit viel Werbung ein Förderprogramm mit 60.000 € ausgeschrieben, was selbst bei einer Förderquote von nur 5% nicht einmal für ein MWp reicht und natürlich kurz nach dem Zeitpunkt der Ausschreibung schon überbucht war (Meldung 22.11.21, ausgebucht am 11.3.22).¹

Bürger*innenbeteiligung wird nicht ernst genommen: Am Ende der Förderung zum Masterplan kann keinerlei Erfolg vorgewiesen werden. In ihrer Verzweiflung veranstaltet die Stadt deshalb 2020 einen Klima-Ideen-Wettbewerb in der Göttinger Bürgerschaft. Es werden fast 750 Ideen eingereicht. Ein großer Erfolg und ein Zeichen, wie ernst es den Bürgerinnen und Bürgern ist mit dem Klimaschutz. Das Ergebnis: die Ideen wurden zwar statistisch ausgewertet, aber was war noch gleich mit der Umsetzung? Nach dieser Ignoranz von Bürger*innen-Engagement war klar, dass eine Dokumentation des Willens zur Klimaneutralität politisch nötig ist. Ein Bürgerbegehren zur Durchführung eines Entscheids über Klimaneutralität bis 2030 wurde trotz Pandemiebedingungen von tausenden Bürgerinnen und Bürgern befürwortet, weit mehr als nötig war. Und was macht der Rat der Stadt?

Klimaneutralität 2030 ist nur ein Etikett für Fördergelder: Der Rat der Stadt bekräftigt im Zuge des Bürgerbegehren noch einmal den Zielpunkt 2045. Im Klimaplan 2030 war dieser irritierenderweise erst für 2050 vorgesehen. Ende 2021 wurde er dann immer noch mit einer erheblichen Überschreitung des CO₂-Budgets der Stadt auf 2045 festgelegt. Als sich aber herausstellt, dass EU-Gelder nur mit einem Bekenntnis zur Klimaneutralität für 2030 zu erwarten sind, entschied die Stadt sich kurzerhand für dieses neue Ziel, ohne auch nur eine der vorangegangenen klimaschädlichen

Entscheidungen zu überdenken - im Gegenteil: in der gleichen Ratssitzung wird weitere Flächenversiegelung ohne Solarsatzung beschlossen. Im gleichen Atemzug wurde so natürlich der Klimaentscheid für ein Bekenntnis der Stadt zu Klimaneutralität bis 2030 hinfällig.

Dass die Stadt mit einem solchen Lippenbekenntnis beim EU-Wettbewerb für klimaneutrale Städte ausgeschlossen wurde, scheint da nur folgerichtig. Ebenfalls "folgerichtig" bewirbt sich die Stadt nun auf ein Programm für anpassungsfähige Innenstädte: Klimaneutralität ist nicht mehr, aber wenigstens wird in Göttingen gehofft, die Folgen von Extremwetter nicht zu spüren.²

Der Wählerwille wird unterdrückt: Fast alle klimaschädlichen Beschlüsse der Vergangenheit kamen durch SPD/CDU -Mehrheit zustande. Diese inoffizielle große Koalition ist nach der Stadtratswahl 2021 durch eine **Deutschland-Koalition der Verlierer-Parteien** (SPD, CDU, FDP) ersetzt worden, um sich so weiter gemeinsam gegen wirksamen Klimaschutz wehren zu können. Die klimapolitisch am weitesten gehende Formulierung in der Bündnisvereinbarung der drei Parteien ist: "In Kooperation mit den Stadtwerken und mit benachbarten Gemeinden wird nach Flächen, im besten Fall entlang der Autobahn, für großflächige Freiflächenphotovoltaikanlagen und Windkraftanlagen gesucht." Passiert ist hier noch nichts und suchen muss man nicht, die möglichen Flächen für Windkraft sind seit 2012 bekannt, fast die gesamte Autobahn liegt unterhalb der Abstandsregeln. Und, ach ja: "es werden 1000 Bäume im urbanen Raum bis Ende 2023 gepflanzt." Die Biomasse der großen Bäume, die in den letzten Jahren gefällt wurden (alleine 60 am Groner Tor, dazu Groner Straße, Pauliner Straße, Wochenmarkt wurden entfernt), wird dadurch in vielen Jahren nicht kompensiert.

Fachkundige Empfehlungen werden in den Wind geschlagen: Der **Klimaschutz-Beirat** (KSB), ein Gremium mit einer soliden Fachkenntnis aus Wissenschaft, Wirtschaft, städtischen Einrichtungen und Bürgerschaft, berät die Stadt Göttingen bei allen klimaschutzrelevanten Entscheidungen und gibt Empfehlungen und Vorschläge zu den städtischen Klimaschutzaktivitäten, so die Geschäftsordnung. Die Anträge des KSB wurden in der Vergangenheit schon selten angenommen und die Empfehlungen und Warnungen weitgehend achselzuckend zur Kenntnis genommen. Die Dringlichkeit von Maßnahmen wird vor allem bei Bauvorhaben immer deutlicher. Im zuständigen Bauausschuss ist der KSB allerdings nicht vertreten. Statt hier die Expertise zu nutzen, wurden KSB-Anträge jüngst deshalb nicht angenommen. Trotz aller Bekenntnisse scheint Klima also nicht mehr wichtig zu sein. Hier wird die Bigotterie der Klimaschutzpolitik des neuen Bündnisses im Rat besonders deutlich.

Wir fordern

- einen Maßnahmenkatalog der zu bewältigenden Aufgaben mit definierten Sofortmaßnahmen, wie er z.B. im Maßnahmenkatalog von Göttingen Zero³ vorliegt, und mit einem konkretem Zeitplan.
- einen sofortigen Beginn der geplanten Maßnahmen zur Klimaneutralität Göttingen 2030.
- die Bereitstellung eines ausreichenden Budgets für die dringend notwendigen Investitionen zum Klimaschutz.
- eine Beteiligung der kompetenten Gruppen/Klimagruppen/Bürger*innen, um das Wissen zu nutzen und den Klimaschutz voranzutreiben, keine Pseudobeteiligung durch Klimaschutztage und Bürger*innenvorschläge, die letztendlich doch nicht umgesetzt werden.
- ein zumindest jährliches, besser halbjährliches Monitoring der Umsetzung der Klimaschutzprojekte.
- kein "Greenwashing" durch Umdefinierung von Maßnahmen zu Klimaschutzmaßnahmen, z.B. Umgestaltung des Cheltenhamplatzes.

Jetzt ist die Zeit zu handeln, jetzt müssen der Aussage im Ratsbeschluss 17.12.21: "Die Stadt Göttingen wird alle Schritte im eigenen Wirkungskreis unternehmen, um Klimaneutralität dieses Jahrzehnt zu erreichen" TATEN folgen.



GöttingenZero

GREENPEACE
Göttingen



Eine Initiative des Göttinger Klimabündnisses, unterstützt von: Anti Atom Initiative Göttingen, BUND Kreisgruppe Göttingen, Christians4Future Göttingen, Ernährungsrat i.Gr. Göttingen, ExtinctionRebellion Göttingen, Greenpeace Göttingen, Health for Future Göttingen, Klimagruppe in der Ev.-Reformierten Gemeinde Göttingen, Klimaschutz Göttingen e.V., Parents for Future Göttingen, Students for Future Göttingen.